



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR BESOLDUNG UND VERSORGUNG

Merkblatt für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

1. Allgemeines zu Ihrer Bezügezahlung

1.1 Zuständigkeit

Neben der Zahlung Ihrer Versorgungsbezüge sind wir auch für die Zahlung des Kindergeldes und der Beihilfe an Versorgungsempfänger/innen zuständig. Damit wir diese Leistungen zutreffend festsetzen und auszahlen können, benötigen wir von Ihnen Angaben, z.B. zum Familienstand, über den Bezug von Erwerbseinkommen- und Renten oder ähnlichen Leistungen.

1.2 Personalnummer

Sobald Sie Versorgungsbezüge von uns erhalten, werden Ihnen drei neue Personalnummern zugeteilt. Bei Änderungen in Ihren persönlichen Verhältnissen (z.B. neue Adresse) geben Sie bitte ausschließlich die Personalnummer für Ihre Bezügezahlung an. In Angelegenheiten, die das Kindergeld bzw. den kinderbezogenen Familienzuschlag betreffen, geben Sie bitte die Personalnummer für Kindergeld/kinderbezogenen Familienzuschlag an. Bei Beihilfeangelegenheiten geben Sie bitte Ihre Personalnummer für die Beihilfe an. Die ersten acht Zahlen stimmen überein, erst nach dem Schrägstrich finden Sie abweichende Angaben, die das zuständige Arbeitsgebiet bei uns bezeichnen. Die Unterscheidung ist notwendig, weil die Bearbeitung Ihrer Bezüge/Kindergeldzahlungen und Ihrer Beihilfezahlungen in verschiedenen - auch räumlich getrennten - Arbeitsgebieten erfolgt. Mit Hilfe dieser Personalnummern erfolgt eine Zuordnung, welcher Bearbeiter unseres Hauses für Sie zuständig ist. Ihre aktuelle Personalnummer finden Sie auf Ihrer letzten Gehaltsmitteilung.

Bitte geben Sie Ihre Personalnummer mit dem zutreffenden Arbeitsgebiet bei jedem Anruf, auf jedem Schreiben und Vordruck oder auf jeder Anlage an. Da wir unsere Eingangspost elektronisch einlesen, bitten wir Sie, Ihre Schreiben und Anlagen nicht zusammen zu klammern.

1.3 Lohnsteuermerkmale für den Lohnsteuerabzug

Die Versorgungsbezüge sind steuerpflichtig. Beginnend ab 2013 werden Ihre Steuermerkmale nur noch über das ELStAM-Verfahren (**Elektronische LohnSteuerAbzugsMerkmale**) direkt vom Bundeszentralamt für Steuern an den Arbeitgeber übermittelt. Steuerlich bedeutsame Änderungen werden nach ihrer Eintragung im Melderegister (zum Beispiel Heirat, Geburt eines Kindes, Kirchenein- oder Kirchenaustritt) automatisch für Ihren Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Die Finanzämter sind für die Änderung der Lohnsteuerabzugsmerkmale (zum Beispiel Steuerklassenwechsel, Eintragung von Kinderfreibeträgen und anderen Freibeträgen) zuständig. Damit wir berechtigt sind, Ihre ELStAM-Steuerdaten abzurufen, müssen Sie uns, sofern noch nicht geschehen, nur noch Ihre steuerliche Identifikationsnummer mitteilen und angeben, ob es sich um das Haupt- oder um ein Nebenarbeitsverhältnis handelt.

1.4 Lohnsteuerbescheinigung

Sie erhalten für das Kalenderjahr, indem Sie in den Ruhestand getreten sind, zwei Lohnsteuerbescheinigungen (über die aktiven Dienstbezüge und die Versorgungsbezüge). Aus edv-technischen Gründen werden sie Ihnen zeitlich versetzt zugesandt.

1.5 Informationen/Vordrucke

Wenn Sie Vordrucke für Mitteilungen und Anträge benötigen, haben Sie die Möglichkeit, Informationen und Vordrucke auf unseren Internetseiten unter <https://lbv.landbw.de> nachzulesen und herunterzuladen.

1.6 Kundenportal

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, Ihre Gehaltsmitteilungen, Beihilfebescheide und sonstige Schreiben auf elektronischem Weg über unser Kundenportal zu empfangen. Der Zugang zu unserem Kundenportal erfolgt über das Internet. Nähere Informationen hierzu und Ihre Zugangsdaten erhalten Sie von uns, sobald Sie Versorgungsbezüge erhalten.

2. Gehaltsmitteilung

Sie erhalten Ihre Bezüge monatlich im Voraus und zwar am letzten Werktag des Vormonats. Über deren Zusammensetzung werden Sie durch eine Gehaltsmitteilung („Mitteilung über die Zusammensetzung der Bezüge“) informiert, die solange gilt, bis sich gegenüber dem Vormonat Änderungen in den Brutto- oder Nettobeträgen ergeben. Wenn Sie Ihre Post elektronisch über das Kundenportal erhalten, können Sie die Gehaltsmitteilung dort abrufen. **Eine Gehaltsmitteilung erhalten Sie nur, wenn sich eine Änderung der Brutto- oder Netto-bezüge ergibt.** Bitte überprüfen Sie die Angaben in der Gehaltsmitteilung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit.

3. Beihilfe und Krankenversicherung

3.1 Beihilfe (diese Erläuterungen gelten nicht für Versorgungsempfänger, denen eine Versorgungsberechtigung verliehen wurde – die beihilferechtlichen Besonderheiten werden ggf. auf Anfrage erläutert)

Für ehemalige Polizeibeamtinnen/beamte und ehemalige technische Beamtinnen/Beamte der Landesfeuerwehrschule endet der Anspruch auf Heilfürsorge mit der Versetzung in den Ruhestand. Ab diesem Zeitpunkt besteht auch für diesen Personenkreis eine Beihilfeberechtigung.

Mit der Gewährung der Versorgungsbezüge ist **keine** Krankenversicherung verbunden. Die Versorgungsempfänger haben - mit Ausnahmen - jedoch Anspruch auf Gewährung von Beihilfe in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen sowie zur Gesundheitsvorsorge zu den notwendigen und angemessenen Aufwendungen. Halbweisen haben keinen eigenen Beihilfeanspruch; die Aufwendungen für Halbweisen müssen vom hinterbliebenen Elternteil unter dessen Personalnummer geltend gemacht werden.

Beamte, die ab dem Kalenderjahr 2013 neu eingestellt wurden, sowie deren Ehegatten und eingetragene Lebenspartner erhalten für Aufwendungen in Geburts-, Krankheits-, Todesfällen sowie zur Gesundheitsvorsorge dauerhaft einen Bemessungssatz von 50%, der sich weder mit der Anzahl der im Familienzuschlag berücksichtigungsfähigen Kinder noch mit dem Beginn des Ruhestands ändert. Für Aufwendungen in Pflegefällen erhält dieser Personenkreis die nachfolgend aufgeführten – höheren – Bemessungssätze der „vorhandenen Beamten“.

Für am 31.12.2012 vorhandene Beihilfeberechtigte und für nach dem 31. Dezember 2012 in den Geltungsbereich der Beihilfeverordnung Baden-Württemberg (BVO) wechselnde Personen, die am 31. Dezember 2012 im Geltungsbereich eines anderen Dienstherrn beihilfeberechtigt waren, beträgt der Beihilfebemessungssatz gemäß § 19 Absatz 6 BVO:

- für Versorgungsempfänger 70%;
- für entpflichtete Hochschullehrer grundsätzlich 50%;
- für Ehegatten 70%;
- für berücksichtigungsfähige Kinder und Waisen 80%.

In Zweifelsfällen wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige Beihilfearbeitsgebiet.

Bitte prüfen Sie, ob Ihr Krankenversicherungsschutz dem genannten Bemessungssatz angepasst werden muss, und übersenden Sie ggf. einen geänderten Versicherungsnachweis.

Aufwendungen für Wahlleistungen im Krankenhaus (das sind gesondert berechenbare ärztliche Leistungen z.B. für den Chefarzt und die Kosten für ein Zweibettzimmer) sind nur dann beihilfefähig, wenn der Versorgungsempfänger bereits während seiner aktiven Dienstzeit dafür den so genannten Beihilfebeitrag in Höhe von monatlich 22 EUR gezahlt hat und bereit ist, diesen Beihilfebeitrag weiterhin zu zahlen. Witwen und Witwer und Vollwaisen von verstorbenen Beihilfeberechtigten haben nur dann einen Beihilfeanspruch für diese Wahlleistungen gegen Zahlung von 22 EUR monatlich, wenn der verstorbene Beihilfeberechtigte diesen Beihilfebeitrag laufend gezahlt hat. Ein entsprechender Erklärungsvordruck wird Ihnen ggf. zugesandt. Er muss innerhalb einer Ausschlussfrist von fünf Monaten an uns zurückgesandt werden.

Bei **freiwilligen** Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung und ihren mitversicherten Angehörigen erhöht sich der Bemessungssatz auf 100% der sich **nach Anrechnung der nachzuweisenden Kassenleistung** ergebenden beihilfefähigen Aufwendungen, wenn die Kassenleistung das in der gesetzlichen Pflichtversicherung übliche Maß nicht unterschreitet.

Die Beihilfeanträge **reichen Sie bitte direkt bei uns** ein. Verwenden Sie hierzu bitte die vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft vorgeschriebenen Formblätter **LBV 301 und LBV 301 Anlage**. Sie erhalten den Vordruck LBV 301 von uns in der Regel mit jedem Beihilfebescheid zugesandt. Sie finden die beiden Vordrucke auch im Internet unter <https://lbv.landbw.de>. Sie können den Beihilfeantrag auch online über Ihr Kundenportal stellen.

Der Antrag, mit Ausnahme des Online-Antrags im Kundenportal, ist nur dann wirksam gestellt, wenn er auf Seite 1 vom Beihilfeberechtigten oder einem Bevollmächtigten (die Vollmacht muss uns vorliegen) eigenhändig unterschrieben ist.

Ab Beginn Ihres Versorgungsverhältnisses geben Sie bitte ausschließlich die Ihnen neu zugeteilte Personalnummer für Beihilfe an und zwar auch dann, wenn Sie noch Aufwendungen geltend machen, die vor Beginn Ihres Versorgungsverhältnisses entstanden sind.

Besteht neben einem Versorgungsbezug aus einem eigenen Dienstverhältnis noch Anspruch auf einen weiteren Versorgungsbezug als Witwe/Witwer/hinterbliebene/r Lebenspartner/in ist für die Beihilfeberechtigung stets der Versorgungsbezug aus dem eigenen Dienstverhältnis maßgebend. Geben Sie deshalb immer die Personalnummer für diesen Versorgungsbezug an.

Falls Sie als Witwe/Witwer/hinterbliebene/r Lebenspartner/in Anspruch auf Versorgungsbezüge haben, aber noch selbst als Beamtin oder Beamter bzw. Angestellte/Angestellter im aktiven Dienst stehen und beihilfeberechtigt sind, geht die Beihilfeberechtigung aus dem aktiven Dienstverhältnis der aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. In diesem Fall müssen Sie Ihre Aufwendungen weiterhin unter Ihrer bisherigen Personalnummer aus dem aktiven Dienstverhältnis geltend machen.

3.2 Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung aus Versorgungsbezügen

Sofern Sie in der **gesetzlichen Krankenversicherung** (z.B. AOK, IKK, BKK, landwirtschaftliche Krankenkasse, Seekasse, Bundesknappschaft, Ersatzkasse) versichert sind, müssen wir Ihre zuständige Krankenkasse feststellen, damit wir dieser Beginn, Höhe, Veränderungen und Ende der Versorgungsbezüge mitteilen (§ 202 SGB V) können. Ihre Krankenkasse stellt daraufhin fest, ob Sie der Beitragspflicht unterliegen und ob von uns Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von Ihren Versorgungsbezügen an die Krankenkasse abzuführen sind. Danach müssen wir ggf. auf der Grundlage des Zahlbetrags der Versorgung, der sich nach Anwendung von eventuellen Kürzungs-, Anrechnungs- und Ruhensvorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes, jedoch vor Abzug von Steuern, Abtretungen oder Pfändungen ergibt, Beiträge einbehalten und an die Krankenkasse abführen.

Bei Fragen zur Beitragspflicht, Beitragshöhe und dergleichen wenden Sie sich bitte an Ihre Krankenkasse. Änderungen oder den Wegfall der Beiträge können wir nur nach Mitteilung durch die Krankenkasse vornehmen.

4. Änderungen in Ihren persönlichen Verhältnissen

Wir können die Bezüge und ggf. das Kindergeld nur dann zutreffend festsetzen und fristgerecht auszahlen, wenn uns alle dafür maßgebenden Grundlagen rechtzeitig mitgeteilt werden; d.h. Änderungen können wir für die nächste Zahlung der Bezüge grundsätzlich berücksichtigen, wenn die Änderungsmitteilungen spätestens am **01. des Vormonats** beim zuständigen Arbeitsgebiet eingegangen sind. Wenn Sie uns Änderungen mitteilen, geben Sie dabei bitte immer Ihre aktuelle Personalnummer an.

4.1 Bitte teilen Sie uns auf jeden Fall mit:

1. Änderung der Anschrift
2. Änderung der Bankverbindung
3. Änderungen des Familienstandes (z.B. Eheschließung/Eintragung Lebenspartnerschaft, Ehescheidung/Aufhebung der Lebenspartnerschaft, Tod des Ehegatten/des Lebenspartners)

4. Namensänderung
5. Geburt eines Kindes
6. Aufnahme oder Beendigung der Aufnahme eines Kindes in Ihren Haushalt
7. Aufnahme der Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse
8. Bei Versorgungsberechtigten, die bereits in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind:
 - Wechsel der Krankenkasse
 - die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung
9. Aufnahme oder Beendigung einer Tätigkeit von Ihnen, des Ehegatten/Lebenspartners oder des Kindes (das Waisengeld erhält) im öffentlichen Dienst oder bei einem Arbeitgeber, der dem öffentlichen Dienst gleichgestellt ist
10. Bezug von Erwerbseinkommen und Erwerbseinkommen bis zur Vollendung der maßgeblichen gesetzlichen Regelaltersgrenze (Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit sowie aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft). Erwerbseinkommen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder bei einem dem öffentlichen Dienst gleichgestellten Arbeitgeber muss auch nach Vollendung der maßgeblichen gesetzlichen Regelaltersgrenze angezeigt werden.
Erwerbseinkommen sind Leistungen, durch die Erwerbseinkommen kurzfristig ersetzt wird; z.B. Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Insolvenzgeld, Krankentagegeld
11. Bezug von weiteren Versorgungsbezügen (z.B. Ruhegehalt, Witwengeld, Waisengeld) aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst
12. Bezug von Alters- oder Hinterbliebenengeld oder eine dem Alters- oder Hinterbliebenengeld entsprechende Alterssicherung
13. Bezug von Leistungen nach den Abgeordnetengesetzen/Ministergesetzen des Bundes und der Länder
14. Bezug einer Rente aus den gesetzlichen Rentenversicherungen, einer Rente aus einer Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes (z.B. VBL) oder einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung sowie der Bezug jeder sonstigen Versorgungsleistung aufgrund einer beruflichen Tätigkeit des Beamten (hierzu gehören auch wiederkehrende Geldleistungen, die aufgrund der Zugehörigkeit zu Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der früheren DDR geleistet werden oder die von einem ausländischen Versicherungsträger gewährt werden, Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung, zu der ein öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat sowie Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung und aus einer betrieblichen Altersversorgung) sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach, und zwar auch dann, wenn anstelle der Rente eine Kapitalleistung, Beitragserstattung oder Abfindung gezahlt, eine Rente ausdrücklich nicht beantragt oder auf eine Rente verzichtet wird
15. die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit für eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Fällen der Ruhegehaltfähigkeit von Wehrdienstzeiten und vergleichbaren Zeiten sowie von Beschäftigungszeiten, die vor dem 03. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet zurückgelegt worden sind
16. die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit für eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen der Gewährung von Zuschlägen für Kindererziehungs-/Pflegezeiten
17. den Tod eines Versorgungsempfängers
18. für Empfänger von Unterhaltsbeiträgen: Höhe und Änderung der Einkünfte
19. Bitte teilen Sie uns alle Änderungen der Verhältnisse, die auf die Berücksichtigung Ihres Kindes Einfluss haben können, unverzüglich mit, wenn
 - Ihr Kind über 18 Jahre alt ist und für dieses Kind kinderbezogene Leistungen (z.B. Kindergeld, Familienzuschlag, Waisengeld) gewährt werden oder
 - es als sogenanntes Zählkind berücksichtigt wird (Kind, für das kein Kindergeld gezahlt wird, das aber bei der Höhe des Kindergeldes für andere Kinder berücksichtigt wird).

Dies ist z.B. der Fall, wenn

- das Kind eine Ausbildung beendet oder abbricht
- sich der Familienstand des Kindes ändert.

Nähere Informationen zur Anzeigepflicht entnehmen Sie bitte dem „Kindergeld-Merkblatt“ (LBV KG2), das Sie bei uns im Vordrucklager bestellen oder im Internet unter <https://lbv.landbw.de> herunterladen können.

4.2 Folgen von unterlassenen oder verspäteten Anzeigen

Kommt es zur Überzahlung von Bezügen, weil Sie uns Änderungen nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt haben, so sind die überzahlten Beträge zurückzuzahlen.

5. Wegfall der Versorgungsbezüge und Zahlung von Sterbegeld

Nach dem Tode einer Ruhestandsbeamtin/eines Ruhestandsbeamten stellen wir die Bezüge mit Ablauf des Sterbemonats ein; die/der hinterbliebene Ehegattin/Ehegatte/Lebenspartner/in erhält automatisch Sterbegeld. Es ist daher erforderlich, uns die Sterbeurkunde möglichst rasch zu übersenden.

6. Hinterbliebenenversorgung

Der hinterbliebene Ehegatte/Lebenspartner erhält bei Vorliegen der Voraussetzungen **Witwen- oder Witwergeld bzw. einen Unterhaltsbeitrag**; ein Antrag hierfür ist nicht erforderlich. Diese Leistung fällt weg, wenn der hinterbliebene Ehegatte/Lebenspartner wieder heiratet. In diesem Falle wird eine Abfindung in Höhe des 24-fachen Monatsbetrages des Witwen-, Witwergeldes bzw. des Unterhaltsbeitrages gezahlt.

Waisen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten **Waisengeld bzw. einen Unterhaltsbeitrag**. Die Zahlung des Waisengeldes bzw. Unterhaltsbeitrages wird mit Ablauf des Monats eingestellt, in dem die Waise das 18. Lebensjahr vollendet hat. Befindet sich die Waise weiterhin in Schul- oder Berufsausbildung, kann Waisengeld längstens bis zum 25. Lebensjahr gezahlt werden. Hierzu ist jedoch ein schriftlicher **Antrag** erforderlich. Bitte legen Sie Ihrem Antrag Ausbildungsnachweise (z.B. Schul-/Studienbescheinigung, Ausbildungsbescheinigung) bei.

Über das 25. Lebensjahr hinaus kann Waisengeld grundsätzlich nur für Waisen gewährt werden, die infolge körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. Die Zahlung des Waisengeldes erfolgt nur, wenn die Behinderung bei Vollendung des 25. Lebensjahres bereits bestanden hat und die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihr Ehegatte oder früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie nicht unterhält. Bei einer behinderten Waise wird ein eigenes Einkommen nach Vollendung des 18. Lebensjahres im gesetzlichen Umfang angerechnet.

Ihr
Landesamt für Besoldung und
Versorgung Baden-Württemberg